DER KAMPFRUF

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 11, Nr. 3

Januar 1930

Preis 10 Pfennig

Zwölf Millionen Hungernde!

Die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt

Im Haag streiten sich gegenwärtig die Diplomaten der kapitalistischen Mächte und ihre sozialdemokratischen Adjutanten um das Schlußprotokoll zur Durchführung des Young-Planes. Jede Länderdelegation ist fieberhaft am Werke, um bei der internationalen Neuverteilung der Reparationsbeute möglichst vorteilhaft weg zu kommen. Die diplomatischen Degen werden mit einer Hartnäckigkeit gekreuzt, als ginge es wieder mal „um die heiligsten Güter der Nation“ . . .

Allerdings: für die internationalen Kapitalisten sind es „heilige Güter“, die auf der Haager Reparationskonferenz gehandelt werden. Denn sie würfeln und feilschen ja erneut um die Abwälzung der imperialistischen Kriegslasten auf die Schultern des Proletariats, um eine noch „rentablere“ Ausbeutung der arbeitenden Massen. Und wo es um eine besere Ausnützung der Profitquellen geht, da stehen selbstverständlich proletarische Lebensfragen für die Kapitalsvertreter nicht auf der Tagesordnung.

Daß aber alle bisherigen kapitalistischen Reparationslösungen für die menschliche Gesellschaft nur elendes Stückwerk sind, beweist jetzt wieder ganz kraß die soziale Lage in Deutschland. Die Zustände, die gegenwärtig hierzulande herrschen, sind eine einzigartige Ouvertüre zur Haager Diplomatenkonferenz. Die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben sich in den letzten Wochen zu einer Katastrophe entwickelt, die in ihrer Riesenhaftigkeit nur mit den Folgen des Währungs-Zusammenbruchs in der Inflationszeit verglichen werden kann.

Ende Dezember 1929 wurden bereits rund zwei Millionen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt. Die unvollkommene amtliche Statistik zählt aber bekanntlich nicht diejenigen Erwerbslosen, die ausgesteuert, noch nicht bezugsberechtigt oder überhaupt nicht versicherungspflichtig sind. Mit diesen Kategorien waren Mitte Dezember schon 2 438 000 Arbeitsuchende bei den öffentlichen Nachweisen eingetragen. In der zweiten Dezemberhälfte kamen rund 350 000 Unterstützte hinzu, sodaß am Jahresschluß schätzungsweise 2 850 000 Erwerbslose vorhanden waren. Und wieviel sind es heute, Mitte Januar? Der Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg hatte am 4. Januar ca. 440 000 Arbeitslose. Nach diesem Stichtag sind nicht zuletzt infolge der Stillegung Berliner Bauten durch die Finanzdiktatur weitere Massenentlassungen erfolgt, so daß gegenwärtig die Erwerbslosenziffer der Provinz Brandenburg auf eine halbe Million geschätzt werden muß. In den übrigen Industriebezirken ist ebenfalls ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wie die letzten Berichte der Arbeitsämter bestätigen. Demnach gibt es heute

mindestens 3 bis 3½ Millionen Arbeitslose

in Deutschland (sogar der „Vorwärts“ gibt schon drei Millionen an)! 3½ Millionen Erwerbslose: das sind mit Frauen und Kindern insgesamt mindestens 12 Millionen Menschen der besitzlosen Klasse, die jetzt in der kapitalistischen „Ordnung“ auf Hungerration gesetzt sind! Zwölf Millionen müssen allein in Deutschanld am Hungertuche nagen — und im Haag streiten sich die Diplomaten und Minister um die Ausbeutungs-Privilegien der internationalen Kapitals-Hyänen! Proleten, das ist kapitalistische „Wirtschaft“ in Reinkultur!

Aber die „vernünftige“ Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Rationalisierung wird das Massenelend noch höher türmen. In dem bisher milden Winter ist schon eine Arbeitslosigkeit vorhanden, welche die Zahlen des Vorjahres mit seiner abnormen Kälte weit überflügelt. Eine mäßige Frostperiode nur — und das Erwerbslosenheer wird auf 5 Millionen anschwellen! Und selbst wenn der Frühlingswinter bleibt, ist mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit sicher zu rechnen. **Denn die eigentliche Wirtschaftskrise ist erst im Anmarsch!** Die in der Sackgasse des kapitalistischen Konkurrenzkampfes festgefahrene Rationalisierung und die bevorstehende Durchführung des Young-Plans sowie die krisenhafte Lage auf dem Geldmarkt zwingen die Unternehmer in Kürze, abermals eine Steigerung der Ausbeutung vorzunehmen durch weitere Mechanisierung des Produktionsprozesses und Konzentration der Wirtschaftsanlagen. Dadurch werden neue Massen Industriearbeiter „überflüssig“ im Wirtschaftsprozeß und auf die Straße geworfen. Der IG.-Farbentrust hat bereits den Anfang gemacht, indem er in den Höchster Werken die bisherige Produktionsleistung durch fünf Sechstel der Belegschaft ausführen läßt. Das ist kapitalistische Wirtschaftspolitik in ihrer unverhüllten sozialen Brutalität!

So ist die Arbeitslosigkeit diejenige Frage, in welcher der geschichtliche Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft am sichtbarsten ist. Der Aufgabe, das Massenelend zu beseitigen, steht die Bourgeoisie hilflos gegenüber wie ein kleines Kind. Sie kann die Erwerbslosenarmee nicht in den Produktionsprozeß einreihen, weil ihre Profitwirtschaft in den Grundfesten so sehr zerrüttet ist, daß sie einfach nicht mehr alle Lohnsklaven ernähren kann. Im Gegenteil: der immer schärfer werdende kapitalistische Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte verbietet der herrschenden Klasse kategorisch, ihren Produktionsapparat mit überflüssigen Arbeitskräften zu belasten. Und wo der bürgerliche Klassenstaat wirklich mal in „Arbeitsbeschaffung“ macht, da zwingt er die Erwerbslosen als Lohndrücker in seine Profitquetsche.

Der Kampf der Erwerbslosen ist ein Teilproblem des proletarischen Befreiungskampfes überhaupt und kann nur durch revolutionäre Massenaktionen der erwerbslosen und betriebstätigen Arbeiter gelöst werden. Von der Tatsache ausgehend, daß der Kapitalismus selbst die Quelle der millionengroßen Arbeitslosigkeit ist, gilt es zu erkennen: Auf der Tagesordnung steht nicht der Schacher um kleinbürgerliche Reformen, sondern der Kampf um die geschichtlichen Ziele des Proletariats. Das heißt: **Der Kampf gegen die Geißel der Massenarbeitslosigkeit ist heute gleichbedeutend mit der revolutionären Klassenoffensive gegen das zerrüttete kapitalistische System und seine parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stützen. Erst wenn das Proletariat gegen den Würger Kapitalismus aufsteht und um den Kommunismus kämpft, geht es praktisch an die Lösung des Erwerbslosenproblems!**

Der Staat im Staate

Um die Machtstellung der Reichsbank.

Eine wichtige Frage, die gegenwärtig auf der Haager Konferenz der kapitalistischen Mächte zur Diskussion steht, ist u. a. das künftige Statut der deutschen Reichsbank. Die Aenderung des bisherigen Statuts ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Reichsbankgesetz an den Young-Plan anzupassen.

Diese Teilfrage der Haager Reparationskonferenz ist heute desto umstrittener, weil die Reichsbank selbst schon seit Wochen im Brennpunkt des politischen Lebens Deutschlands steht. Ihr Präsident Schacht verfügt bekanntlich über eine solche Machtfülle, daß er kurz vor Weihnachten die Anleihepolitik der Reichsregierung erfolgreich durchkreuzen konnte und durch diese Aktion den sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding stürzte. Das Kabinett Müller mußte trotz Vertrauensvotum des Reichstages das finanzpolitische Diktat des Reichsbankpräsidenten schlucken, um nicht im Ultimo-Defizit der deutschen Staatskasse zu ersticken.

Auf Grund dieses diktatorischen Eingreifens Dr. Schacht's in die Finanzpolitik der Reichsleitung fordert nun besonders die sozialdemokratische Regierungspartei von der deutschen Delegation im Haag, daß sie energisch für die Verringerung der machtpolitischen Einflüsse des Reichsbankpräsidenten plädiert. Aber das Organisationskomitee der Haager Konferenz denkt gar nicht, wie voraus zu sehen war, an eine grundlegende Revision des Reichsbankgesetzes. Die vorgeschlagene Statutenneuformulierung ändert an dem bisherigen Zustand so verdammt wenig, daß sogar der regierungsfromme „Vorwärts“ (vom 9. und 12. 1. 30) empört feststellen muß: **„Diese Anpassung (des Reichsbankgesetzes an den Young-Plan) bedeutet praktisch die Herrschaft des Finanzkapitals“**; „der Reichsbankpräsident soll dem Reiche gegenüber souverän bleiben, **die Reichsbank soll als Staat im Staate weiterhin bestehen bleiben.**“

Das ist nun die „Vollendung der Demokratie“! Unabhängigkeit der Reichsbank von Regierung und Parlament, das heißt: die Herrschaft des Finanzkapitals über den Staat! Aber diese Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zur unverhüllten Kapitalsdiktatur trotz demokratischer Staatsform hat ja Rudolf Hilferding selbst aufgezeigt, und zwar 1909 in seinem Buche „Finanzkapital“, wo es auf Seite 510 u. a. heißt:

> **„Oekonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Mittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, um so unumschränkter die Beherrschung des Staates.** Diese straffe Zusammenfassung aller Machtmittel des Staates erscheint als seine höchste Machtentfaltung, der Staat als . . . Instrument der Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft . . .“

In dieser Periode befindet sich der moderne Kapitalismus, (wenn auch die souveräne Stellung des deutschen Reichsbankpräsidenten durch den Dawes-Vertrag festgelegt ist). Die monopolistische Entwicklung vollendet die Konzentration des Kapitals und sichert besonders den Bankkönigen eine machtpolitische Selbständigkeit gegenüber der Staatsverwaltung. Weil dem so ist, deshalb ist die Reichsbank eine Domäne des Finanzkapitals, dessen Herrschaft nur mit dem Hammer der kommunistischen Revolution zerschmettert werden kann, und nicht durch Koalitionspolitik.

Massen-Meeting für die gemeuchelten **Januarkämpfer**

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 Uhr, Einlaß 10 Uhr

Pharus-Säle, Berlin-Wedding, Müller Strasse 142

Programm: Orchester, Rezitationen, Ansprache, Massengesang, Agitprop-Gruppe „Aktion“

Eintritt 60 Pfennig, Arbeitslose 30 Pfennig.

Die Arbeitslosigkeit in Rußland

[illegible]

Antistreikgesetz in England

[illegible]

… Und die britischen Proletarier müssen weiter erkennen, daß ihre Amsterdamer Gewerkschaften infolge ihrer Verbundenheit mit dem kapitalistischen System ebenfalls vor dem Ausnahmegesetz kapitulieren müssen. Die englischen Gewerkschaftsinstanzen werden genau so wie die deutschen nur um ihre bloße Existenz kämpfen, aber nicht das Antistreikgesetz zum Ausgangspunkt revolutionärer Massenaktionen gegen die kapitalistische Gesellschaft machen. Der Kapitalismus selbst ist es eben, der auch die englischen Proletarier immer gebieterischer vor die Aufgabe stellt, ihren Klassenkampf auf revolutionärer Basis zu führen.

Demokratische Zustände

Im „Arbeitslosen" Nr 8 lesen wir nachstehende Schilderung:

„Die Verhältnisse auf dem Arbeitsnachweis und im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes in Rathenow sind untragbar geworden. Ohne Prüfung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden in wahl- und planloser Weise die Erwerbslosen vermittelt. Es wird nicht danach gefragt, ob die Behandlung auf der Arbeitsstelle menschenwürdig ist oder ob die denkbar schlechtesten Löhne gezahlt werden. Aber wehe denjenigen Erwerbslosen, welche bei einer derartigen Vermittlung die Arbeit erst gar nicht aufnehmen oder sie wieder hinwerfen. Die Herren Arbeitgeber, die in ihrer Profitsucht keine Grenze kennen, warten nur auf den Augenblick, wo sie telephonisch oder schriftlich nach dem Arbeitsnachweis melden können, daß der vermittelte Erwerbslose die Arbeit nicht aufgenommen oder eingestellt hat.

Die Schikanierung der Erwerbslosen erreicht aber in folgendem Fall ihren Höhepunkt: Vom Arbeitsnachweis wurden Erwerbslose vermittelt nach der berüchtigten Firma Helkapell, Fehrbelliner Straße, zum Grubenholzschälen. Sie mußten im Schweiße ihres Angesichts **zwölf Stunden täglich arbeiten. Der Arbeiter Hartelt**, der außerordentlich kräftig und im Grubenholzschälen bewandert ist, **verdiente in neun Tagen à zwölf Stunden 28,50 Mark!** Davon gingen ab folgende Abzüge: Für Krankengeld 90 Pfg., Invalidenversicherung 60 Pfg. und Erwerbslosenfürsorge 41 Pfg., insgesamt also 1,91 Mark. Er bekam ausgezahlt 26,59 Mark, also verdiente der Arbeiter Hartelt in einer Stunde 25 Pfg. Die Arbeiter Baumann und Hagen verdienten beispielsweise noch weniger. Die Arbeiter wagten aber nicht, die Schinderei für diesen Lohn einzustellen, weil sie wußten, daß ihnen in rücksichtsloser Weise die Unterstützung entzogen wird. Der Arbeiter Baumann hat Frau und fünf Kinder zu ernähren für einen Lohn von 20 Pfg. die Stunde!

Neuerdings wird vom Arbeitsamt folgende Methode angewendet: Man sagt dem Erwerbslosen: **„Wenn Sie jetzt innerhalb 14 Tagen keine Arbeit haben, wird Ihnen die Erwerbslosenunterstützung entzogen!"** Das Arbeitsamt ist jetzt dazu übergegangen, etwa 28 Erwerbslosen die Unterstützung zu entziehen!"

So geht es zu in jener „freiesten Republik der Welt", der die sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen „Arbeiterführer" die Treue bis in den Tod geschworen haben.

Wissenswertes für Arbeitslose

Erwerbslosenunterstützung darf nicht gepfändet werden.

Sowohl die Erwerbslosenunterstützung als auch die Familienzuschläge unterliegen nicht der Pfändung. Auch Kurzarbeiterunterstützung, Entschädigung für Pflichtarbeit sowie die Vergütung der Notstandsarbeiter sind pfändungsfrei.

Die Notstandsarbeiterlöhne können deshalb nicht gepfändet werden, da sie nach dem Gesetz lediglich eine besondere Art der Erwerbslosenunterstützung sind und als Vergütung für Leistung angesehen werden. Eine Lohnpfändung kommt daher nicht in Frage. Es fehlen hierfür die Voraussetzungen des freien Arbeitsverhältnisses. Dagegen unterliegen die Notstandsarbeitervergütungen auf Grund einer Anweisung des Reichsfinanzministers vom 8. Oktober 1926 in vollem Umfange dem Lohnsteuergesetz.

Erwerbslose! Lest die
„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"
das Organ der Revolution!

Was ist Pflichtarbeit?

[illegible]

Entschädigung bei Pflichtarbeit.

[illegible] (Artikel 7, Ausf.-Best. vom 2. 5. 26.)

Zu welchen Arbeiten kann der Erwerbslose herangezogen werden?

Als Pflichtarbeit gelten insbesondere Instandsetzung und Instandhaltung öffentlicher Gebäude, Wege und Verkehrsmittel, Bürotätigkeit im Dienste öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Mitwirkung bei sozialer Tätigkeit, Unterstützung gemeinnütziger Vereine usw. Bei Uebertragung von Pflichtarbeit ist auf den körperlichen Zustand des Erwerbslosen Rücksicht zu nehmen. Einem Pflichtarbeiter dürfen besonders solche Arbeiten nicht zugemutet werden, durch die seine Berufstauglichkeit beeinträchtigt oder herabgemindert wird.

Ferner darf keine Arbeit als Pflichtarbeit angeboten werden, die durch Streik oder Aussperrung freigeworden ist.

Stahlhelmmethoden der KPD.

Am Mittwoch, den 4. Mai, abends, berief die KPD. nach Büttners Festsälen, Schwedlerstraße 23, eine öffentliche Versammlung mit folgendem Thema ein: „Stahlhelmaufmarsch in Berlin am 7. und 8. Mai". Noch bevor die Versammlung eröffnet werden konnte, überfielen die von der KPD. gefütterten Polizeischergen (siehe die Bewilligung von Geldern für den Polizeietat seitens Pieck und Konsorten im preußischen Landtag, Urantrag [illegible]) Zörgiebels die Versammlung und untersuchten alle Teilnehmer nach Waffen. Die Denunziation erwies sich als Schwindel. Nach Beruhigung der aufgeregten Gemüter der Versammelten hielt der Referent sein Referat. Ueber die zur Genüge bekannten, abgeleierten Phrasen der KPD. braucht man kein Wort zu verlieren. Als zweiter Punkt der Tagesordnung begann die Diskussion. Der Versammlungsleiter forderte, da sich niemand bisher gemeldet hat, ausdrücklich anwesende Mitglieder anderer Parteien zur Aussprache auf und erklärte, daß in der Diskussion freie Redezeit gewährt wird. Ein Genosse der Kommunistischen Arbeiter-Partei folgte dem Ruf des Versammlungsleiters und meldete sich zum Wort. Solange er nur den Verrat der SPD. und Gewerkschaften der Arbeiterschaft gegenüber brandmarkte und auch auf ihre Handlangerdienste für den Faschismus seit 1914 bis auf den heutigen Tag einging, solange konnte unser Genosse ruhig sprechen, obwohl die Versammlung fast nur aus KPD., RFB. usw. Mitgliedern bestand. Aber als er immer gründlicher auf den raffinierten Betrug der KPD. an der Arbeiterschaft hinwies, als er die Bewaffnung der Reichswehr durch den „Arbeiterstaat" Rußland nachwies und die Begünstigung des Faschismus in Deutschland durch die KPD. selbst an Hand von Dokumenten aufzuzeigen versuchte, da begann ein organisiertes Pfeifen und Johlen einzusetzen. Trotz der mehrfachen Ermahnungen des Vorsitzenden, auch einen Gegner der KPD. ruhig aussprechen zu lassen, um ihn nachher widerlegen zu können, hörte das Toben der wildgewordenen KPD.-Mitglieder nicht auf. Auf Grund einer Abstimmung mußte unser Genosse das Podium verlassen. Aber erst jetzt kommt das niederträchtigste, was die KPD. sich leisten kann. Ein parteiloser Arbeiter bat unseren Genossen um den Antrag der KPD. zum Reichswehretat vom 23. März 1926, den er im Original bei sich hatte. **Kaum daß der parteilose Arbeiter das Dokument in den Händen hatte, da sprang plötzlich ein KPD.-Mann auf ihn zu und entriß** ihm gewaltsam den Antrag und verhöhnte noch dann unseren Genossen mit den Worten: „Jetzt kannst du zusehen, wie du dir ein anderes beschaffst." Unser Genosse forderte kategorisch die Rückgabe seines Eigentums. Darauf stürzten sich mehrere KPD.- und RFB.-Mitglieder auf unseren Genossen zu und versuchten ihn gewaltsam aus dem Saale zu schleifen. Er wurde dabei mit den Fäusten und Füßen bearbeitet. Nur dank der parteilosen und vernünftigen KPD.-Arbeiter wurde die blutige Niederschlagung des KAP.-Genossen verhindert. Die Empörung der Versammelten über diesen brutalen Ueberfall eines wehrlosen, einzelnen KAP.-Genossen wuchs zusehends, so daß die Leitung sich veranlaßt sah, dem KAP.-Genossen das geraubte Dokument zurückzugeben.

Wie tief schon die KPD. moralisch gesunken ist, zeigt erneut auch dieser Fall. Um für die Zukunft das Schlagen von revolutionären Arbeitern in den KPD.- und RFB.-Versammlungen zu unterbinden, muß jedes klassenbewußte Mitglied dieser Organisationen zu diesem Fall in Büttners Festsälen Stellung nehmen, sonst können die Mitglieder dieser Organisationen keinesfalls das Recht für sich in Anspruch nehmen, sich über die Methoden des Stahlhelms und der Nationalsozialisten zu entrüsten und sie vor der breiten Arbeitermasse zu brandmarken.

Groß-Berlin.

Lokale der Erwerbslosenfraktionen der AAU.

3. Bezirk (Schulstraße): Lokal „Zur weißen Taube", Schulstr. Ecke Prinz Eugen-Straße.

5. Bezirk (Gormannstraße): Lokal Thiel, Rückertstraße 7.

6. Bezirk (Südosten): Lokal Kottbuser Krug, Kottbuser Straße 19-20.

7. Bezirk (Charlottenburg): Lokal Koch, Schillerstraße 75.

14. Bezirk (Neukölln): Lokal Schwartzkopf, Fontanestraße 26.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin N.
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

DER KAMPFRUF

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 11, Nr. 3

Januar 1930

Preis 10 Pfennig

Zwölf Millionen Hungernde!

Die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt

Im Haag streiten sich gegenwärtig die Diplomaten der kapitalistischen Mächte und ihre sozialdemokratischen Adjutanten um das Schlußprotokoll zur Durchführung des Young-Planes. Jede Länderdelegation ist fieberhaft am Werke, um bei der internationalen Neuverteilung der Reparationsbeute möglichst vorteilhaft weg zu kommen. Die diplomatischen Degen werden mit einer Hartnäckigkeit gekreuzt, als ginge es wieder mal um die heiligsten Güter der Nation" . . .

Allerdings: für die internationalen Kapitalisten sind es „heilige Güter", die auf der Haager Reparationskonferenz gehandelt werden. Denn sie würfeln und feilschen ja erneut um die Abwälzung der imperialistischen Kriegslasten auf die Schultern des Proletariats, um eine noch „rentablere" Ausbeutung der arbeitenden Massen. Und wo es um eine bessere Ausnützung der Profitquellen geht, da stehen selbstverständlich proletarische Lebensfragen für die Kapitalsvertreter nicht auf der Tagesordnung.

Daß aber alle bisherigen kapitalistischen Reparationslösungen für die menschliche Gesellschaft nur elendes Stückwerk sind, beweist jetzt wieder ganz krass die soziale Lage in Deutschland. Die Zustände, die gegenwärtig hierzulande herrschen, sind eine einzigartige Ouvertüre zur Haager Diplomatenkonferenz. Die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben sich in den letzten Wochen zu einer Katastrophe entwickelt, die in ihrer Riesenhaftigkeit nur mit den Folgen des Währungs-Zusammenbruchs in der Inflationszeit verglichen werden kann.

Ende Dezember 1929 wurden bereits rund zwei Millionen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge unterstützt. Die unvollkommene amtliche Statistik zählt aber bekanntlich nicht diejenigen Erwerbslosen, die ausgesteuert, noch nicht bezugsberechtigt oder überhaupt nicht versicherungspflichtig sind. Mit diesen Kategorien waren Mitte Dezember schon 2 438 000 Arbeitsuchende bei den öffentlichen Nachweisen eingetragen. In der zweiten Dezemberhälfte kamen rund 350 000 Unterstützte hinzu, sodaß am Jahresschluß schätzungsweise 2 850 000 Erwerbslose vorhanden waren. Und wieviel sind es heute, Mitte Januar? Der Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg hatte am 4. Januar ca. 440 000 Arbeitslose. Nach diesem Stichtag sind nicht zuletzt infolge der Stillegung Berliner Bauten durch die Finanzdiktatur weitere Massenentlassungen erfolgt, so daß gegenwärtig die Erwerbslosenziffer der Provinz Brandenburg auf eine halbe Million geschätzt werden muß. In den übrigen Industriebezirken ist ebenfalls ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wie die letzten Berichte der Arbeitsämter bestätigen. Demnach gibt es heute

mindestens 3 bis 3½ Millionen Arbeitslose

in Deutschland (sogar der „Vorwärts" gibt schon drei Millionen an)! 3½ Millionen Erwerbslose: das sind mit Frauen und Kindern insgesamt mindestens 12 Millionen Menschen der besitzlosen Klasse, die jetzt in der kapitalistischen „Ordnung" auf Hungerration gesetzt sind! Zwölf Millionen müssen allein in Deutschanld am Hungertuche nagen — und im Haag streiten sich die Diplomaten und Minister um die Ausbeutungs-Privilegien der internationalen Kapitals-Hyänen! Proleten, das ist kapitalistische „Wirtschaft" in Reinkultur!

Aber die „vernünftige" Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Rationalisierung wird das Massenelend noch höher türmen. In dem bisher milden Winter ist schon eine Arbeitslosigkeit vorhanden, welche die Zahlen des Vorjahres mit seiner abnormen Kälte weit überflügelt. Eine mäßige Frostperiode nur — und das Erwerbslosenheer wird auf 5 Millionen anschwellen! Und selbst wenn der Frühlingswinter bleibt, ist mit einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit sicher zu rechnen. **Denn die eigentliche Wirtschaftskrise ist erst im Anmarsch!** Die in der Sackgasse des kapitalistischen Konkurrenzkampfes festgefahrene Rationalisierung und die bevorstehende Durchführung des Young-Plans sowie die krisenhafte Lage auf dem Geldmarkt zwingen die Unternehmer in Kürze, abermals eine Steigerung der Ausbeutung vorzunehmen durch weitere Mechanisierung des Produktionsprozesses und Konzentration der Wirtschaftsanlagen. Dadurch werden neue Massen Industriearbeiter „überflüssig" im Wirtschaftsprozeß und auf die Straße geworfen. Der IG.-Farbentrust hat bereits den Anfang gemacht, indem er in den Höchster Werken die bisherige Produktionsleistung durch fünf Sechstel der Belegschaft ausführen läßt. Das ist kapitalistische Wirtschaftspolitik in ihrer unverhüllten sozialen Brutalität!

So ist die Arbeitslosigkeit diejenige Frage, in welcher der geschichtliche Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft am sichtbarsten ist. Der Aufgabe, das Massenelend zu beseitigen, steht die Bourgeoisie hilflos gegenüber wie ein kleines Kind. Sie kann die Erwerbslosenarmee nicht in den Produktionsprozeß einreihen, weil ihre Profitwirtschaft in den Grundfesten so sehr zerrüttet ist, daß sie einfach nicht mehr alle Lohnsklaven ernähren kann. Im Gegenteil: der immer schärfer werdende kapitalistische Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte verbietet der herrschenden Klasse kategorisch, ihren Produktionsapparat mit überflüssigen Arbeitskräften zu belasten. Und wo der bürgerliche Klassenstaat wirklich mal in „Arbeitsbeschaffung" macht, da zwingt er die Erwerbslosen als Lohndrücker in seine Profitquetsche.

Der Kampf der Erwerbslosen ist ein Teilproblem des proletarischen Befreiungskampfes überhaupt und kann nur durch revolutionäre Massenaktionen der erwerbslosen und betriebstätigen Arbeiter gelöst werden. Von der Tatsache ausgehend, daß der Kapitalismus selbst die Quelle der millionengroßen Arbeitslosigkeit ist, gilt es zu erkennen: Auf der Tagesordnung steht nicht der Schacher um kleinbürgerliche Reformen, sondern der Kampf um die geschichtlichen Ziele des Proletariats. Das heißt: **Der Kampf gegen die Geißel der Massenarbeitslosigkeit ist heute gleichbedeutend mit der revolutionären Klassenoffensive gegen das zerrüttete kapitalistische System und seine parlamentarisch-gewerkschaftlichen Stützen. Erst wenn das Proletariat gegen den Würger Kapitalismus aufsteht und um den Kommunismus kämpft, geht es praktisch an die Lösung des Erwerbslosenproblems!**

Der Staat im Staate

Um die Machtstellung der Reichsbank.

Eine wichtige Frage, die gegenwärtig auf der Haager Konferenz der kapitalistischen Mächte zur Diskussion steht, ist u. a. das künftige Statut der deutschen Reichsbank. Die Aenderung des bisherigen Statuts ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Reichsbankgesetz an den Young-Plan anzupassen.

Diese Teilfrage der Haager Reparationskonferenz ist heute desto umstrittener, weil die Reichsbank selbst schon seit Wochen im Brennpunkt des politischen Lebens Deutschlands steht. Ihr Präsident Schacht verfügt bekanntlich über eine solche Machtfülle, daß er kurz vor Weihnachten die Anleihepolitik der Reichsregierung erfolgreich durchkreuzen konnte und durch diese Aktion den sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding stürzte. Das Kabinett Müller mußte trotz Vertrauensvotum des Reichstages das finanzpolitische Diktat des Reichsbankpräsidenten schlucken, um nicht im Ultimo-Defizit der deutschen Staatskasse zu ersticken.

Auf Grund dieses diktatorischen Eingreifens Dr. Schacht's in die Finanzpolitik der Reichsleitung fordert nun besonders die sozialdemokratische Regierungspartei von der deutschen Delegation im Haag, daß sie energisch für die Verringerung der machtpolitischen Einflüsse des Reichsbankpräsidenten plädiert. Aber das Organisationskomitee der Haager Konferenz denkt gar nicht, wie voraus zu sehen war, an eine grundlegende Revision des Reichsbankgesetzes. Die vorgeschlagene Statutenneuformulierung ändert an dem bisherigen Zustand so verdammt wenig, daß sogar der regierungsfromme „Vorwärts" (vom 9. und 12. 1. 30) empört feststellen muß: **„Diese Anpassung (des Reichsbankgesetzes an den Young-Plan) bedeutet praktisch die Herrschaft des Finanzkapitals"**; „der Reichsbankpräsident soll dem Reiche gegenüber souverän bleiben, **die Reichsbank soll als Staat im Staate weiterhin bestehen bleiben.**"

Das ist nun die „Vollendung der Demokratie": Unabhängigkeit der Reichsbank von Regierung und Parlament, das heißt: die Herrschaft des Finanzkapitals über den Staat! Aber diese Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zur unverhüllten Kapitalsdiktatur trotz demokratischer Staatsform hat ja Rudolf Hilferding selbst aufgezeigt, und zwar 1909 in seinem Buche „Finanzkapital", wo es auf Seite 510 u. a. heißt:

„Oekonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Mittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, um so unumschränkter die Beherrschung des Staates. Diese straffe Zusammenfassung aller Machtmittel des Staates erscheint als seine höchste Machtentfaltung, der Staat als . . . Instrument der Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft . . ."

In dieser Periode befindet sich der moderne Kapitalismus (wenn auch die souveräne Stellung des deutschen Reichsbankpräsidenten durch den Dawes-Vertrag festgelegt ist). Die monopolistische Entwicklung vollendet die Konzentration des Kapitals und sichert besonders den Bankkönigen eine machtpolitische Selbständigkeit gegenüber der Staatsverwaltung. Weil dem so ist, deshalb ist die Reichsbank eine Domäne des Finanzkapitals, dessen Herrschaft nur mit dem Hammer der kommunistischen Revolution zerschmettert werden kann, und nicht durch Koalitionspolitik.

Massen-Meeting für die gemeuchelten **Januarkämpfer**

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 Uhr, Einlaß 10 Uhr

Pharus-Säle, Berlin-Wedding, Müller Strasse 142

Programm: Orchester, Rezitationen, Ansprache, Massengesang, Agitprop-Gruppe „Aktion"

Eintritt 60 Pfennig, Arbeitslose 30 Pfennig.